

# Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 07/53. Jahrgang

Juli 2022

Schutzgebühr: 0,40 €

## Uniklinikum: Asklepios pokert hoch

Der Asklepios-Konzern, Eigner des Uniklinikums Gießen/Marburg, macht, was seine Aktionäre erwarten: Er setzt bei den Verhandlungen mit dem Land Hessen um mehr Geld alles auf eine Karte. Eine halbe Milliarde Euro für Investitionen in den nächsten Jahren hatte das Land zugesagt. Das Geld nimmt der Konzern gern. Was er aber nicht hinnehmen will, sind die damit verbundenen Einschränkungen bei Kündigungen und Ausgliederungen.

Der Konzern stellt sich auf den Standpunkt, dass nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz Investitionen in Kliniken vom zuständigen Bundesland zu finanzieren sind. Ein von der Rhön AG beim Kauf des UKGM zugesagter Verzicht auf dieses Geld, sei nach dem Verkauf an Asklepios nicht länger gültig. Das Land soll zahlen, aber keinen Einfluss haben.



Jetzt rächt sich, dass das Wissenschaftsministerium nach der Privatisierung keine Sitze im Aufsichtsrat gefordert hat, keinen Einfluss auf das Geschäftsgebaren nahm, sein Rückkaufrecht nicht wahrnahm

und den Verkauf an Asklepios widerspruchslos hinnahm. Durch Ausbeutung des Personals bis über die Schmerzgrenze, Zahlungen des Landes für Forschung und Lehre und Investitionszuschüsse konnten in den 16 Jahren seit der Privatisierung hunderte Millionen Euro Dividenden ausgeschüttet werden.

Nach der Kündigung aller Verträge durch Asklepios, die das Verhältnis zum Land regeln, steht die Landesregierung vor einem Scherbenhaufen. Die Krankenversorgung der Region Mittelhessen und die Medizinischen Fakultäten in Gießen und Marburg stehen auf dem Spiel. Die Privatisierung muss rückgängig gemacht werden, am besten mit einer Enteignung nach Artikel 15 des Grundgesetzes.

Gernot Linhart

## Schwanenteich: Gutachten und Pläne endlich offenlegen!

Was versuchen die Grünen und ihre Planungsdezernentin Weigel-Greilich vor der Öffentlichkeit zu verheimlichen? Zehn Jahre haben sie tatenlos zugeschaut, wie aus Löchern unter dem Schwanenteich-Weg Wasser aus dem Teich in die Wiesbeck abfloss. Vor mehreren Jahren wurden diese Stellen an den betreffenden Bäumen markiert. Außer dem Sperren des Weges für Passanten und einigen Sandsäcken fiel der Stadt und seinem Gartenamt

nichts ein.

Nun sollen alle schattenspendenden Bäume und Gebüsche der grünen Kettensäge zum Opfer fallen.

Die Naturschutzverbände (HGON, NABU, BUND) erklärten im Gießener Anzeiger ihren Widerstand, weil sie die Brutergebnisse der Teichvögel durch die langen Bauarbeiten gefährdet sehen. Sie fordern eine naturnahe Ufer-

*Fortsetzung auf Seite 2*

### Inhalt

|  |      |
|--|------|
| UKGM: Mangelernährung / Gießener Polizei                         | S. 2 |
| Lahnuferfest 2022 / Sport im Park                                | S. 3 |
| Veranstaltungen DKP GI   | S. 4 |
| Kalt duschen gegen Russland / Leserbrief / Die Wahrheit im Krieg | S. 5 |
| Krieg in Europa / Bildungsreise Baskenland                       | S. 6 |
| Klimaschutz muss warten / Linkspartei                            | S. 7 |
| Termine / 50 Jahre Gießener Echo / Kristina Hänel                | S. 8 |

**Für Frieden und Sozialismus!**

**DKP**

Fortsetzung von Seite 1

## Schwanenteich: Gutachten und Pläne endlich offenlegen!

gestaltung ohne Betonblocksteine oder „Gittersteine“.

Erinnerungen an die Landesgartenschau 2014 werden wach, als die hessenweit zweitgrößte Teichhuhn-Population gegen Null dezimiert wurde, weil sich die Störungen durch Bau- und Baumfällarbeiten sowie durch Besucher jahrelang hinzogen.

Die Bürgerinitiative „Wieseckau“

fordert, dass alle Gutachten und Planungsvarianten der Öffentlichkeit vorliegen müssen. Überfallartiges Schaffen von Tatsachen sind wir seit der Landesgartenschau von der Stadt gewöhnt. Das darf sich nicht wiederholen. **Wir wollen draußen sehen, was drinnen im Rathaus vor sich geht.**

M. Berger

<https://www.biwieseckau.de>



## Mangelernährung in Kliniken: UKGM verweigert Auskunft

Die meisten Patienten empfinden das Essen in Krankenhäusern als schlecht. Kein Wunder, nur etwa 5 Euro pro Person und Tag werden dafür ausgegeben. Untersuchungen ergaben, dass etwa 20% der Patienten mangelernährt sind. Bei Tumorpatienten und anderen mit geschwächtem Immunsystem sind es bis zu 60%. Das liegt daran, dass diese oft keimarme Kost erhalten: lange erhitzt, ohne alles ungekochte wie Salat, frisches Gemüse und Obst. Damit sollen Infektionen verhindert werden.

Inzwischen ist aber bekannt, dass diese Vorsichtsmaßnahme unnötig ist, Normalkost führt bei guter Küchenhygiene nicht zu mehr Infektionen. Im Gegenteil: Gute, abwechslungsreiche Ernährung fördert bessere Heilerfolge. Das Institut für Krankenhaushygiene beim Robert Koch-Institut warnt, keimarme Diät verringere die Lebensqualität signifikant. Bis zu 20% der Tumorpatienten sterben nicht an ihrer Krankheit, sondern wegen Mangel-

ernährung. Eine stichprobenartige Anfrage bei 38 Unikliniken wurde nur von 26 beantwortet. 17 gaben an, weiterhin keimarmes Essen auszugeben.

Zu den nicht auskunftsbereiten Kliniken gehörte das Uniklinikum Gießen/Marburg. Als privatisierte Klinik sei sie zu Auskünften nicht verpflichtet, hieß es. Ein Grund mehr, die Privatisierung rückgängig zu machen.

An der Gießener Universität gibt es neben der medizinischen Fakultät mit dem Klinikum eine renommierte Fakultät für Ernährungswissenschaften. Bei guter Zusammenarbeit müsste es eigentlich möglich sein, den Patienten eine Ernährung zu bieten, die schmeckt und ihre Heilung fördert.

Gernot Linhart

Quelle: Frankfurter Rundschau, 26.05.22: Wenn das Essen schwächt;

<https://www.fr.de/politik/wenn-das-essen-schwaecht-91573588.html>

## Gießener Polizei: Schlagzeilen auch ohne Schlagstock

Nach zahlreichen hessischen Polizeiskandalen (NSU 2.0, Chatgruppen usw.) wurde nun auch in Gießen ein Polizeibeamter durch ein Internet-Video des Rassismus überführt. Die Staatsanwaltschaft ermittelt u. a. wegen Volksverhetzung.

Merke: Rufe niemals deine „Freunde und Helfer“ zu Hilfe, denn du weißt nie, wie viele Rassisten kommen.

M.B.



## UZ - sozialistische Wochenzeitung der DKP Das 6-Wochen-Probe-Abo zum Kennenlernen!

Die Print- und Online-Ausgabe gratis.

Das Abo endet natürlich automatisch!

<https://shop.unsere-zeit.de/uz-probe-abo-6-wochen-gratis/>



# Lahnuferfest 2022 – Müll und Lärm

Während Veranstalter Christian Trageser hoch zufrieden vom größten Event in Mittelhessen sprach, konnten viele Menschen in Gießen und Umgebung wegen der zu lauten Musik erst weit nach Mitternacht Ruhe finden. Bis nach Kleinlinden, Krofdorf, Sandfeld, Nordstadt, Innenstadt und Südviertel dröhnte die Musik; mehrere 100 Anrufe bei der Polizei blieben erfolglos, da das Ordnungsamt laute Musik bis 1.00 Uhr genehmigt hatte. Selbst das Gießener Stadtfest ist erheblich leiser!

Neben dem Lärm wurde tonnenweise Müll produziert, aber das schien die Stadt in Kauf zu nehmen. Als Satire muss die Aussage des Veranstalters gewertet werden, die extra produzierten „Kaufbecher“ mit dem Logo von FFH und der Licher Brauerei seien ein Kulturbeitrag. Schaut man sich die Unter-



stützerliste an, wird deutlich, warum der Veranstalter machen kann was er will: Gießener Allgemeine, AOK, Stadt Gießen, Förderverein

Gartenstadt Gießen usw. Und hier schließt sich der Kreis: Strandbar-Betreiber Trageser wird für sein Engagement nach der *Landesgartenschau 2014* belohnt! Und das im wahrsten Sinne des Wortes: Standgebühren von mehreren Tausend Euro werden kassiert und die Kaufbecher für 3 Euro verhökert; Trageser weiß wie man es macht! Bleibt noch eine Frage: Wie viel Miete wird an die Stadt gezahlt? Oder werden nur Gebühren fällig, wie beim letzten Weihnachtszauber 2019 am Lahnufer?

Erwin Lottermann



**Sie lügen wie gedruckt.  
Wir drucken, wie sie lügen.**

**Teste die beste**  
linke, überregionale Tageszeitung.

junge Welt  
Kämpfer statt...

**Drei Wochen gratis.**  
Probabo muss nicht abbestellt werden, endet automatisch.

## Sport im Park – aber nicht für alle

Seit zehn Jahren gibt es in der Wieseckau einen Stangenpark. Er besteht aus Metallstangen, an denen sportliche Übungen ausgeführt werden können. Die Anlage wird eifrig genutzt, oft sieht man größere Gruppen, vor allem junger Männer und einige Frauen trainieren.

Wer sich dort betätigen will und kleiner als 1,70 Meter ist (etwa

20% der Männer und 50% der Frauen), wird allerdings enttäuscht. Die Mehrzahl der Querstangen, die für Klimmzüge geeignet sind, sind in einer Höhe von 2,50 Meter angebracht, einige wenige 30 cm tiefer. Wer die nicht mit einem Sprung erreicht, bleibt ausgeschlossen und kann nur einen kleinen Teil der Anlage für Liegestütze u. ä. nutzen.

In einer Bürgeranfrage machte ich das Sportamt darauf aufmerksam und fragte, warum das so ist, ob man daran etwas ändern könnte, und ob eine weitere Anlage, die nach Presseberichten geplant ist, anders gebaut werden könnte. Die Antwort war ernüchternd: Die Anlage entspräche einer nicht näher bezeichneten DIN-Norm, deswegen könne alles so bleiben. Menschen, die nicht dieser Norm entsprechen, haben Pech gehabt.

Der Umgang mit dieser Anfrage zeigt, dass Bürgeranfragen vom Magistrat

wenig geschätzt werden. Man hätte die Sache ernst nehmen, vor Ort nachsehen können und überlegen, wie man dieser Diskriminierung kleinerer Personen abhelfen könnte. Stattdessen wurden wohl nur Akten gewälzt und die DIN-Norm als Ausrede gefunden.

Gernot Linhart



# Lars Mörking: Rolle der Kommunisten in China

Vollbesetzt war das Versailles-Zimmer der Kongresshalle bei unserer Veranstaltung zur Rolle der Kommunisten in China. Die hybride Veranstaltung wurde auch online gut genutzt. Der Referent, Lars Mörking, ist Redakteur der sozialistischen Wochenzeitung UZ (unsere Zeit). Er arbeitete nach seinem Studium in Peking und war dort



Mitarbeiter der Zeitschrift „China heute“. Nach einer differenzierten Analyse, die die realen Probleme beschrieb, folgte eine angeregte Diskussion.

M.L.



## Sommer – Sonne – Sozialismus



Politische Diskussionen, sportliche Aktionen, Workshops, Wettkämpfe und das gemeinsame Singen gehörten zum Programm. Die SDAJ nahm 50 neue Mitglieder auf, vier aus Gießen. Unsere SDAJler werden unser Sommerfest am 10. September auch musikalisch bereichern. Film: <https://youtu.be/g039nbwCfoU>

Wieder sehr gut besucht war das Pfingstcamp Süd der SDAJ in Zwingenberg am Neckar, welches auch die DKP Gießen unterstützte.



M.L.

## Rhön AG kriegt den Hals nicht voll

500 Beschäftigte folgten dem Aufruf zum Warnstreik von ver.di am Uniklinikum Gießen-Marburg (UKGM), da die Rhön AG den Zukunftsvertrag mit dem Land gekündigt hat. Das bedeutet auch den Wegfall von Kündigungsschutz und Ausgliederungsverbot.

Die AG will eine Regelung durchsetzen, nach der das Land

alle Investitionen finanziert, sich selbst aber zu nichts verpflichtet. Die DKP Gießen und die SDAJ solidarisieren sich mit den Beschäftigten und verteilen ein Echo-Extra, was viel Zustimmung erhielt. (Siehe Homepage der DKP Gießen: [www.giessen.dkp.de](http://www.giessen.dkp.de))

M.L.



Bild: Gießener Allgemeine

## Buchenwaldfahrt



Am 02.07. fuhr eine Delegation mit 43 Teilnehmerinnen und Teil-

nehmern von ARAG, DKP, KO, SDAJ und VVN zur Gedenkstätte Buchenwald. Die DKP Gießen und die VVN Gießen hatten dazu eingeladen. Auf der Anfahrt im Bus sahen wir den Film „Nackt unter Wölfen“ von Bruno Apitz an. Einzelne Gruppen hatten sich auf Stationen in der Gedenkstätte vorbereitet und so Grundlagen für ein tiefergehendes Verständnis zu deren Bedeutung geschaffen. Axel Brück ergänzte und leitete die spannende aufklärende Führung

durch das Areal.

„Diese Jahre in den Konzentrationslagern sind im wahrsten Sinne des Wortes meine Schule fürs Leben geworden. Dort habe ich eingehämmert bekommen, dass Disziplin, Solidarität, Standhaftigkeit und Überzeugungstreue das wichtigste im Leben sind“, so der Kommunist Emil Carlebach (1914 - 2001).

Diese Erkenntnis und den Schwur von Buchenwald nimmt die Delegation als Auftrag mit. M.L.

# Kalt duschen gegen Russland

Der Lahn-Dill-Kreis dreht seit dem 1. Juni bis 18. September Schulen und Turnhallen das warme Wasser und die Heizungen ab. Dadurch will der Kreis 100.000 Euro Energiekosten sparen. Die wenigsten Schülerinnen und Schüler duschen nach dem Sportunterricht, die Maßnahme trifft hier vor allem die Vereine und deren Gäste.

„Es handelt sich um eine zeitlich befristete Sparmaßnahme, die angesichts der aktuellen Situation verhältnismäßig und zumutbar“ sei, so Landrat Wolfgang Schuster (SPD). Ob sich neben den Schulen und Turnhallen weitere öffentliche Gebäude des Kreises zum Energiesparen eignen, werde geprüft.

Ob die Verantwortlichen auch eine Deckelung der Energiepreise – insbesondere für Gering- und Normalverdiener – prüfen, ist hingegen nicht bekannt. Unter den Erstunterzeichnern der bundesweiten Energiepreisstopp-Kampagne der DKP finden sich jedenfalls keine prominenten Vertreter des Lahn-Dill-Kreises.

Was sich nach einer Provinzposse anhört, hat angesichts von Energieembargo und Wirtschaftskrieg einen ernsten Hintergrund. Kalte Duschen sind

nur die sprichwörtliche Spitze des Eisbergs. Galoppierende Energie- und Nahrungsmittelpreise werden für immer mehr Menschen zum

an, dass sie sich angesichts einer Inflationsrate von 7,9% einschränken müssten.

Kein Wunder, dass der von Gauck geforderte Importstopp für russische Energie jenseits der besserverdienenden Grünen und ihrer wirtschaftsliberalen Stammwählerschaft auf wenig Gegenliebe stößt. Auf Twitter hat ein User seine Kritik an Vorstellungen des ehemaligen Pastors auf den Punkt gebracht: „Keiner von denen, die von ‚Wir können‘ und ‚Wir müssen‘ sprechen, hat wirklich ernsthafte Konsequenzen und Einbußen zu erwarten. Diejenigen, die von allen Bürgern erwarten, jetzt ‚für die Freiheit zu frieren‘, sind meistens auch diejenigen, die niemals frieren müssen.“

Für alle anderen ist Energiesparen angesagt – „jeder und jede an seinem Platz“, wie es EU-Kommissionschefin von der Leyen (CDU) bereits im März einforderte. Frieren für den Krieg scheint - nicht nur für die Menschen im Lahn-Dill-Kreis - erste Bürgerpflicht zu sein. Irgendwo müssen die 100 Milliarden für das Sondervermögen zur Aufrüstung der Bundeswehr ja herkommen.

Martina Lennartz



## FRIEREN FÜR DEN FRIEDEN

existenziellen Problem. Nach einer Umfrage des ARD-Deutschland-Trends müssen sich 47% der Befragten im Alltag *sehr stark* oder *stark* einschränken. Das gilt mit 77% besonders für Haushalte mit geringem Einkommen. In Ostdeutschland geben 59%

## Leserbrief: Die Wirtschaftsweisen der FDP

Die Äußerungen von Herrn Lindner, dass der Sprit ohne Tankrabbat noch teurer wäre, ist nicht nachvollziehbar, da die Preisschraube nach oben einsetzte, als der Tankrabbat beschlossen wurde, und so abzusehen war, dass zum Beginn des Tankrabbatts, dieser schon aufgeschlagen war. Selbst wenn der Preisnachlass eins zu eins umgesetzt worden wäre, wäre dies nur ein Anreiz mehr, mit dem Auto unterwegs zu sein, statt weniger zu fahren, um Öl zu sparen. Auch eine Geschwindigkeitsbegrenzung wird von der FDP (W.Kubick IKZ, 12.06.) abgelehnt, obwohl auch in diesem Fall Sprit eingespart werden könnte. Von Vergesellschaftung bei demokratischer Kontrolle der Ölkonzerne ist natürlich auch bei der FDP nichts zu hören.

Uwe Moldenhauer

## Das erste Opfer des Krieges: Werbeagenturen und Wahrheit

Die Branchenplattform „PR Week“ hat berichtet: Weltweit haben 150 führende Werbeagenturen ihre Kräfte vereint, um die Öffentlichkeitsarbeit der Ukraine bei der Berichterstattung über das dortige Kriegsgeschehen zu unterstützen. Wer erinnert sich noch an die Geschichte mit den aus Brutkästen geworfenen Frühgeborenen in Kuwait? Damit wurde die Stimmung für den Irakkrieg angeheizt. Wenn jetzt wieder diese Agenturen am Werk sind – wie ist dann der Wahrheitsgehalt der Berichte vom Krieg in der Ukraine einzuschätzen? Vor allem, wenn es heißt: "Die Tatsachen konnten nicht unabhängig überprüft werden". "Die Waffen nieder, sofortiger Waffenstillstand" – diese Forderung soll mit allen Mitteln diskreditiert werden.

Gernot Linhart

# Es herrscht Krieg in Europa. Aber welche Aggressionen herrschen seit Jahrzehnten?

Die NATO-Osterweiterung und Zerschlagung ganzer Republiken seit 1990 hat Russland strategisch in die Enge getrieben. 2004/05 wurde ein von NATO-Mächten finanzierter Putsch, die „Orangene Revolution“, in der Ukraine versucht, um den EU-/NATO-Beitritt zu erzwingen und die noch bestehende Verbindung mit Russland zu kappen. 2010 beschloss die NATO eine neue Strategie, die vor allem in der Stärkung des Bündnisses auf allen Ebenen bestand. Die militärische Aufrüstung insbesondere in Europa steht seitdem im Mittelpunkt. 2011 machte WikiLeaks die Pläne der NATO für eine militärische Konfrontation mit Russland bekannt. Der Maidan-Putsch in der Ukraine 2014 und die folgende Aufrüstung der Ukraine sowie die Sanktionen gegen Russland waren die nächsten Schritte der Eskalation. Die NATO beschloss 2014 die massive Aufrüstung in

allen Mitgliedsstaaten mit dem 2%-Ziel. Die Eingliederung der Krim in die Russische Föderation hielt als Vorwand her. Die NATO steigerte außerdem die Anzahl ihrer Manöver in Europa. „Defender 2020“ sollte die schnelle Verlegung von Truppen über den Atlantik und in Europa nach Osten trainieren. Das Ziel, Raketen so zu stationieren, dass sie in wenigen Minuten Moskau erreichen und ohne Gegenschlag bleiben, sollte durch die Ukraine als Aufmarschgebiet erreicht werden. Die Konfrontation diplomatisch beizulegen, gelang Russland nicht. Die NATO reagierte mit Sanktionen, Manövern und Aufrüstung.

Was tun gegen die Kriegstreiberei? Was sollten wir Kommunistinnen und Kommunisten machen?

Ziel unserer Aktionen müssen der deutsche Imperialismus als Hauptfeind, die NATO und ihre Kriegspolitik sein. Wir müssen

die Waffenlieferungen an die Ukraine als weitere Eskalation verhindern. Wir müssen die militärische Aufrüstung in Form des 100 Milliarden Kriegskredits bekämpfen. Wir müssen die weiteren NATO-Aggressionen, wie Truppenverlegungen in den Osten und die Osterweiterung, anprangern. Auch den NATO-hofierten Faschismus in Teilen des ukrainischen Staates und Militärs gilt es zu bekämpfen.

Lasst uns gemeinsam auf die Straße gehen, den Antikriegstag in Gießen nutzen und der BRD-Kriegspropaganda etwas entgegensetzen. Aufruf mit Ort und Zeit folgen noch. Zum Antikriegstag, dem 01. September, raus auf die Straße!

Josch, KO



welcome"-Fahne. An Stickern an Laternenpfosten, die die Solidarität mit allen unterdrückten Völkern der Erde ausdrückten, Plakaten von Antifa-Veranstaltungen und mit *Hammer und Sichel*-Symbolik hat die Bevölkerung nicht geizt. Unseren ersten Referenten der baskischen Linken trafen wir nachmittags in einem kleinen Seminarraum. Er erzählte uns seine Geschichte bis zu seiner Zeit als politischer Gefangener. Wir stellten Fragen, um zu verstehen wie Unabhängigkeitsbewegung während des Franquismus und danach kämpfte. Im Laufe des Abends analysierten wir Geschichte und Gegenwart der baskischen Linken, sowie ihre Perspektive für eine Zeit, in der sich die gesellschaftlichen Widersprüche weiter verschärfen. Fortsetzung folgt.

Basti

## Reisebericht Teil 1: Bildungsreise im Baskenland

Der Bund der Pfadfinderinnen und Pfadfinder e. V. bot eine Bildungsreise an: „Überwundenes Schweigen? Soziale Kämpfe um Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“. Nach ein paar Wochen stöbern in der Einführungsliteratur zur Linken im Baskenland, saßen wir schon in unseren Flugzeugsitzen mit dem Reiseziel: Bilbao. Euskal Herria – Das Baskenland ist eine autonome Region an der Südspitze der Biskaya am Atlantik. Es unterteilt sich in die autonome Region Baskenland, die autonome Region Navarra und das französische Baskenland. Die autonome Region Baskenland gliedert sich in drei Provinzen: Viscaya (Hauptstadt Bilbao), Gipuzkoa (Hauptstadt San Sebastian) und Araba (Hauptstadt Vitoria-Gasteiz). Von den 2,7 Mio. Einwohnern des Baskenlandes sprechen nur noch 700.000

bis 800.000 baskisch (Euskara). Für die baskische Linke stellt Euskara den Angelpunkt ihrer Autonomiebewegung dar. Die repressive Politik der Franquisten hatte das Sprechen und Lehren der baskischen Sprache verboten. Das förderte ihren widerständigen Charakter.

Ein Paar des Baskale-Kulturreinvereins betreute uns an unserem ersten Tag in Bilbao bei einem historischen Stadtrundgang durch die Altstadt. Aufgrund der Erzvorkommen im Umland ist die von grünen Bergen umgebene Industrie- und Hafenstadt während der Industrialisierung geradezu explodiert und zählt heute 350.000 Einwohner:innen. Während des Spaziergangs erkannten wir, dass hier eine starke linke Unabhängigkeitsbewegung beheimatet ist. An jedem dritten Balkon hing eine „Ongi Etorri Errefuxiatuak - Refugees

# Klimaschutz muss warten (Teil 1/2)



Zum fünfzigsten Mal wurde der 5. Juni dieses Jahr als internationaler „Tag der Umwelt“ begangen. Wie jeden Tag tischten uns Politiker, Journalisten und Konzernchefs die Lüge auf, große Ankündigungen und vereinzelte Symptombekämpfung würden die Umweltzerstörung aufhalten. Aber die Prioritäten waren dieses Jahr klar benannt: Klimaschutz, Energie- und Verkehrswende müssen warten, bis Russland „zerstört“ ist, wie Annalena Baerbock sagte. Bis dahin sollen wir uns zum Schutz unserer Freiheit und Demokratie mit lächerlichen „Entlastungspaketen“ bescheiden, beim Essen, Heizen und Tanken sparen und die weitere Eskalation des Krieges freudig beklatschen.

## Aufrüstung und Krieg

Rüstungsindustrie und Militär verbrauchen ungeheure Mengen an fossilen Brennstoffen und zerstören die Umwelt. Ein Eurofighter

verschwendet 80 Liter Flugbenzin pro Minute; fast zwei Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> stößt die Bundeswehr jährlich aus – und hier sind Auslandseinsätze und Rüstungsproduktion nicht miteinberechnet. Das 100-Milliarden-Euro-Aufrüstungsprogramm wird Rheinmetall und Bundeswehr zu noch größeren Klimakillern machen. Mehr Elektropanzer werden hieran nicht viel ändern. Denn im Imperialismus muss es zwangsläufig zu Kriegen um die Neuaufteilung der Welt kommen. Der Klimawandel wird die imperialistische Konkurrenz noch

verschärfen und damit die Kriegsgefahr erhöhen.

## Unsere Forderungen

- Abrüsten statt Aufrüsten! Verhandeln jetzt, den Krieg stoppen!
- Energiepreisstopp unter demokratischer Kontrolle! Energiekonzerne verstaatlichen!
- Privatisierung der Bahn und des ÖPNV rückgängig machen! Kostenloser ÖPNV!
- Ausstieg aus fossiler Energie, Umbau umweltschädlicher Unternehmen, bezahlte Fortbildungen und Umschulungen statt Lohnsenkungen und Massenentlassungen!
- Umweltverschmutzer und Reiche müssen zahlen! Keine CO<sub>2</sub>-Steuer oder andere Preiserhöhungen auf unserem Rücken!

Abgeschrieben: <https://www.sdaj.org/2022/06/19/klimaschutz-muss-warten/>



# Linkspartei: Integration abgeschlossen

Der seit dem Geraer Parteitag 2002 anhaltende Versuch des liberalen Flügels, sich gegen den sozialdemokratischen Flügel durchzusetzen und sich ins politische System der BRD zu integrieren, war erfolgreich. Allerdings scheint er mit dem Zerfall der Linkspartei und dem Verschwinden in der Bedeutungslosigkeit zu enden. Nach dem Parteitag in Erfurt gab Sahra Wagenknecht zu Protokoll: "Nach diesem Parteitag gibt es kaum Hoffnung, dass die Linke ihren Niedergang stoppen kann."

Der „Sieg“ macht sich vor allem am Verhältnis zum Menschenrechtsimperialismus des Westens fest.

Das "Verhältnis zur NATO" ist für die Integration der Linkspartei ein zentrales Problem: Ohne die außenpolitische Geschäftsgrundlage der Bundesrepublik zu akzeptieren, wird die Linkspartei

keine Ministersessel erhalten.

Deshalb ist die Manipulation des Leittrags 3 ("Keine Aufrüstung, kein Krieg. Für eine neue Friedensordnung und internationale Solidarität") für den Parteivorstand von zentraler Bedeutung.

Es geht um die Streichung des Satzes "Wir nehmen keine Verletzung des Völkerrechts hin". So wird militärischen "Interventionen" des "Westens" in dem Leittrags des Parteivorstandes Tür und Tor geöffnet. Bei dieser unter den Funktionären vorherrschenden Richtung geht es um die Schaffung einer auf allen Ebenen koalitionsfähigen, einer "attraktiven progressiven Sammlungsbewegung". Alle Bezüge zur alten Sozialdemokratie, welche vom Lafontaine-Flügel verkörpert wurden, galt es zu überwinden. Es geht um die Entsorgung der sozialen Frage, des Klassenkampfes. War

früher die Basis der PDS bzw. Linkspartei noch eher links, aber passiv und die Führung eher „Rechts“, hat sich mittlerweile auch die Mitgliedschaft gewandelt.

Die Linke kommt auf ca. 60.000 Mitglieder (ähnlich wie früher die PDS). Diejenigen, die noch einen persönlichen Bezug zur SED oder zur DDR haben, sind heute eine klare Minderheit. Junge Menschen, die ein revolutionär-sozialistisches oder kommunistisches Selbstverständnis haben, treten selten in diese Partei ein. Dagegen sind in den vergangenen Jahren viele neue Mitglieder beigetreten, die die Linie der Parteiführungen Kipping/Rixinger und Hennig-Wellsow/Wissler gestützt haben. Nur eine linke Massenbewegung könnte die Linkspartei noch retten.

Henning Mächerle

# Termine

Fragen oder Anmeldungen an [giessen@dkp.de](mailto:giessen@dkp.de) ✉

**09.07.2022 ab 10:30 Uhr:**  
Infostand am Kugelbrunnen

**15. und 29.07.2022 um 19 Uhr:**  
Stammtisch der DKP GI

**20.07.2022:**  
Redaktionsschluss August-Echo

**27. & 28.08.2022**



UZ-  
Pressfest  
in Berlin

**10.09.2022 ab 15 Uhr**

Revolutionäres Sommerfest  
der DKP Gießen in der Nähe  
von Buseck: "Mit den **Roten** im  
**Grünen** feiern"



# Gießener Echo

**Bitte Abogebühren bezahlen  
und spenden!**

Hrsg.: Kreisorganisation der DKP  
Gießen; verantw.: Gernot Linhart,  
erscheint monatlich. Bezugsge-  
bühren: 30 Euro im Jahr (inkl.  
Versandkosten).

Konto: IBAN: DE72 5135 0025  
0200 5491 46

Namentlich gezeichnete Artikel  
geben nicht unbedingt die  
Meinung des Redaktionskollektivs  
des Gießener Echos wieder.

Rückmeldungen + Leserbriefe an:  
Gießener Echo,  
Postfach 110340, 35348 Gießen,  
**E-Mail:** [giessen@dkp.de](mailto:giessen@dkp.de)  
**Im Internet:** [www.giessen.dkp.de](http://www.giessen.dkp.de)

# Aus 50 Jahren Gießener Echo

Vor **50 Jahren** berichteten wir von Unterrichtsausfällen an der Goetheschule. Ein Leserbrief informierte uns, dass wegen Mutterschaftsurlaub einer Lehrerin der Fachunterricht für ihr Kind ausfalle, da es keine Vertretung gebe. Mutterschaftsurlaub kommt nicht plötzlich. Es wäre Zeit genug gewesen, Vertretungskräfte zu organisieren. Zu dieser Zeit gab es keinen Lehrermangel, sondern viele arbeitslose Junglehrer. Es fehlte nur an Planstellen.

Vor **40 Jahren** konnten wir uns über die bis dahin größte Friedensdemonstration in der BRD freuen. Über 400.000 Menschen waren in den Bonner Hofgarten gekommen, um gegen die Stationierung von Atomraketen in unserem Land zu protestieren. Aus Gießen war eine Buskolonne mit mehr als 4.000 Teilnehmern nach Bonn gefahren. Leider können wir heute, in einer genauso gefährlichen Situation, von einer so machtvollen Manifestation nur träumen.

„Wohnungsnot gefährdet inneren Frieden“ war vor **30 Jahren** unser Aufmacher. In Gießen wurden viel zu wenige Wohnungen gebaut, vor allem

die Zahl von neuen Sozialwohnungen ließ zu wünschen übrig. Daran hat sich bis heute nichts geändert.

Vor **20 Jahren** verhüllte eine Kulturinitiative gegen den Krieg demonstrativ das Greif-Denkmal an der Licher Gabel. Mit der Aktion wurde dagegen protestiert, dass sich an diesem Ort immer wieder Nazi-Militaristen trafen und dass der Raubvogel erneut über dem Denkmal angebracht werden sollte. Stattdessen forderten wir an dieser Stelle ein Mahnmal gegen jeden Krieg.

Vor **10 Jahren** ging es im Echo um die Rettung des Schwanenteichs. Für die Landesgartenschau sollten alle Bäume und Sträucher auf dem Damm zwischen Teich und Wieseck entfernt werden, ebenso sollte an allen Ufern verfahren werden. Der Teich sollte zu einem rechteckigen Gewässer ohne Uferbewuchs werden. Ein Bürgerbegehren konnte die Maßnahme verhindern. Aktuell sind die damaligen Pläne wieder aus der Schublade geholt worden. G.L.



# Kristina Hänel: "Ich habe für alle Frauen gekämpft, die durch Schwangerschaften gestorben sind"

Der Bundestag hat im Juni endlich die Abschaffung des umstrittenen § 219a beschlossen – und damit geht für Hänel ein Lebensabschnitt zu Ende, in dem sie sich fast aufgab.

Sie erlangte 2017 deutschlandweit Bekanntheit, als sie verurteilt wurde, weil sie gegen § 219a StGB verstoßen hatte. Der Gesetzestext regelte bislang, dass für Schwangerschaftsabbrüche nicht *geworben* werden darf. Hänel hatte auf ihrer *Website* darüber informiert, dass und wie sie Abbrüche durchführt. Im Kampf gegen das Gesetz ging sie durch die Instanzen. Sie ließ sich von Befürworterinnen und Befürwortern des Paragrafen beschimpfen, im Briefkasten ihrer Praxis landeten Drohbriefe. Sie gab nicht auf.

Sie gehörte zu den wenigen Ärztinnen und Ärzten, die zeitweise dennoch über Schwangerschafts-

abbrüche informierten und damit eine Strafverfolgung riskierten. Das wird nicht wieder passieren: Medizinerinnen und Mediziner wird im beschlossenen Gesetz ein Informationsrecht zugestanden.

Neben der Streichung von § 219a hebt der Bundestagsbeschluss Urteile gegen Ärztinnen und Ärzte auf, die seit 3. Oktober 1990 auf Basis des Paragrafen ergangen sind. Das betrifft auch Hänel. Sie hoffe, sagt sie, dass die Ärztinnen und Ärzte nun tatsächlich von dem neuen Recht Gebrauch machten – und ihre Infos online stellten.

Die DKP fordert weiterhin auch die Abschaffung von § 218 im Strafgesetzbuch, was bedeutet, Schwangerschaftsabbrüche an sich straffrei zu machen. Dafür kämpfen Kommunisten schon seit 150 Jahren. M.L.